

Sankt PaulinX



... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer!

Nr. 9 November 2011

DIE LINKE. St. Pauli

**Der Zaun ist weg -
Schreibers Politik noch nicht!**

S. 6-7

**Nazi-Gefahr
verkannt**

S. 8-9

**Karoviertel:
Genossenschaft
statt Eigentum**

S. 4-5

LINKE fordert Schreibers Rücktritt



„Jedes Volk bekommt die Regierung, die es verdient.“ - in verschiedener Hinsicht eine problematische Aussage. Konkret wird die Problematik dieser Aussage auch im Bezirk

Hamburg-Mitte: Hat das Herz dieser angeblich so weltoffen und toleranten Stadt Herrn Schreiber als Bezirksfürsten verdient? Kann unser Stadtteil St. Pauli diesen Saubermann als Sheriff ertragen? Ich meine: Nein! Wer Wohnungslose vertreibt, seit Monaten die Räumung eines weithin akzeptierten Wagenplatzes vorantreibt, den Bahnhofsvorplatz privatisiert, damit TouristInnen nicht durch alkoholisierte Menschen verschreckt werden, der muss seinen Posten räumen. Das gilt für die ganze SPD in Mitte, die Schreiber dorthin gehievt hat und seine Law-and-Order-Politik stützt. DIE LINKE in Mitte und die Linke Bürgerschaftsfraktion fordert zu Recht Schreibers sofortigen Rücktritt.

Seine Vertreibungspolitik an der Kersten-Miles-Bücke steht auch im Mittelpunkt dieser Ausgabe der Sankt PauLinX. Daneben findet

Ihr eine Themenpalette vom Rauchverbot auf St. Paulis Spielplätzen bis zum verkannten gefährlichen Nazi-Einfluss.



Eine interessante Lektüre der Sankt PauLinX wünscht im Namen der Linken Stadtteilgruppe St. Pauli

Markus Schneider-Johnen

Rauchende Köpfe wegen ein paar Glimmstängeln

Verbote und moralische Empörung, mehr fällt der SPD in Mitte nicht ein, wenn sie hört, dass einige Menschen auf Spielplätzen rauchen und das eine oder andere Bier trinken.

In der Bezirksversammlung lag ein Antrag der SPD-Fraktion vor, der ein Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen forderte, verbunden mit der Bitte an den Bezirksamtsleiter Markus Schreiber, die gesetzlichen Möglichkeiten für dieses Verbot zu überprüfen. Markus Schreiber soll außerdem veranlassen, dass zukünftig Verbotsschilder die Eingänge der Spielplätze zieren. Zur Ziel-



gruppe für das Verbot zählen zum Beispiel Eltern, die tagsüber ihren Kindern beim Spielen zuschauen und dabei rauchen. Sicherlich treffen sich befreundete Mamas, die zum Geburtstag mit einem Glas Prosecco anstoßen. Nicht zu vergessen die Opas, die Pfeife rauchend ihre Enkel beim Indianer spielen beaufsichtigen. Und dann gibt es noch die Jugendlichen, die sich abends auf den Spielplätzen treffen, knutschen und sicherlich das eine oder andere Bier trinken.

DIE LINKE hat geschlossen gegen dieses Verbot gestimmt, warum?

Abgesehen davon, dass schon in der Vergangenheit Generationen von Jugendlichen sich auf Spielplätzen getroffen haben, um unbeobachtet von Erwachsenen Verbotenes zu tun, können Verbotstafeln diese unkontrollierten Freiräume nicht verhindern. Statt Verbotstafeln aufzustellen, sollte die

Bezirkspolitik den Jugendlichen mehr Freizeitangebote und Treffpunkte zur Verfügung stellen. Auf dem Weg ins Erwachsenenleben brauchen Heranwachsende die Chance, eigene Erfahrungen zu machen und eigene Entscheidungen treffen zu lernen. Soziales Verhalten lernt man schließlich nicht durch Verbote, sondern durch gute Bindungen zu Bezugspersonen. Aber mit solchen komplizierten pädagogischen Themen will sich die SPD nicht auseinandersetzen. Da soll ein Verbotsschild hin und fertig. Das ist Schaufensterpolitik. Mehr nicht.

Was die rauchenden Eltern betrifft: Oft regeln die Eltern die Rauchproblematik untereinander und wenn wirklich jemand rauchen will oder ein Pfeifchen genießen möchte - natürlich im Abstand zu den spielenden Kindern - wer will das verbieten? Soll der unterbesetzte bezirkliche Ordnungsdienst nun auch dort Sheriff spielen? Für die Kippen sollten allerdings Aschenbecher aufgestellt werden. Die fehlen wirklich. Außerdem ist es für die Kinder wesentlich besser, wenn die rauchenden Eltern mit ihnen rausgehen - wäre ja nicht auszudenken, wenn die Eltern wegen eines Rauchverbotes nicht mehr mit ihren Kindern auf den Spielplatz gingen.

Hilfe!! Hilfe!! Wer verbietet den Katzen, in die Sandkisten zu pinkeln und zu kacken??

*Christine Detamble-Voss,
stv. Vors. Linksfraktion Hamburg-Mitte,
Abgeordnete aus St. Pauli*

Karoviertel: Genossenschaft soll Mietenexplosion verhindern



Circa die Hälfte der Häuser im Karo Viertel gehören der Stadt.

2003 ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Sie hat zurzeit noch 923 Wohnungen und 201 Gewerbeflächen im Karo Viertel unter ihren Fittichen, doch dies wird sich spätestens Ende 2012 mit dem offiziellen Auslaufen der Sanierungstätigkeit ändern.

Veränderungen in den vergangenen zehn Jahren, die Auswirkungen der Sanierung und die Schickimickisierung sorgen für verbreitete Skepsis und Ängste. Auch die STEG wird nicht als vertrauenswürdiger Faktor eingeschätzt. „Kein Weg mit der STEG!“ wurde zum flotten Spruch, der sich vielen Engagierten nicht nur im Karo Viertel eingeprägt hat. Ende Mai 2011 kamen etliche von ihnen zusammen, um über die „Zukunft des Karo Viertels“ zu beraten. Konkretes Ergebnis war die Initiative zur Gründung einer „MieterInnengenossenschaft Karolinenviertel“, die sich dafür einsetzt, „ihren Mitgliedern günstigen Wohnraum im Karo Viertel bereitzustellen“ und dafür natürlich den bisher von der STEG verwalteten Bestand in Teilen oder in

Knapp 3.900 EinwohnerInnen in 2.400 Haushalten leben im Karo Viertel. Eine Besonderheit ist, dass sich die Gebäude in diesem langjährigen Sanierungsgebiet (seit 1988) zu einem Gutteil im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg befinden und von der »Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft mbH« (STEG) treuhänderisch verwaltet werden. Die STEG wurde 1989 als städtische Gesellschaft gegründet, ist aber seit

Gänze zu übernehmen (mehr unter <http://karo.blogspot.eu>).

Die SPD-Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft hat diesem Ansinnen vorerst einen Riegel vorgeschoben. Die u.a. von der LINKEN in der Bürgerschaftsdebatte am 29. September erhobene Forderung, das Treuhandeigentum in Genossenschaftseigentum zu überführen, scheiterte an der SPD, die eine Übertragung der Gebäude auf die SAGA GWG durchgesetzt hat. Trotz der vorläufigen Niederlage hält DIE LINKE an der Forderung fest, denn die gegenwärtige Unruhe im Quartier ist gut nachvollziehbar, ist doch die Perspektive des Umgangs mit dem Treuhandeigentum von zentraler Bedeutung für die Zukunft des Gebäudebestandes, die Wohnperspektive und die soziale Absicherung von mehr als 2.000 Menschen sowie die Entwicklung des Viertels insgesamt. DIE LINKE unterstützt den aus dem Viertel kommenden Ansatz, eine genossenschaftliche Lösung anzuviesieren. Dadurch kann am besten



Schon im letzten Winter erhob DIE LINKE
exakt diese Forderung.

gewährleistet werden, dass Wohnen auch
in weiterer Zukunft dem renditeorientierten
Wohnungsmarkt entzogen bleibt. Der
Vorschlag der SPD, den Bestand der

SAGA GWG zu übertragen, überzeugt
uns nicht. Die Ausrichtung dieses
Wohnungsunternehmens war in den
letzten Jahren zu sehr darauf bedacht,
sich als ein profitables Wohnungs-
unternehmen zu präsentieren.

Die Debatte ist also nicht beendet, auch
wenn sich die SPD vorzeitig auf einen
anderen als den genossenschaftlichen
Weg festgelegt zu haben scheint.
Dennoch, die STEG-Bestände werden
nicht verschербelt, die Mieten scheinen
für die nächsten Jahre halbwegs
gesichert zu sein. Das ist nicht der ganze
Kuchen, aber schon mehr, als zu
befürchten stand. Das ist auch Ergebnis
des großen Engagements vieler
Menschen aus dem Karoiviertel!

*Heike Sudmann,
Sprecherin für Stadtentwicklung,*

*Joachim Bischoff,
Sprecher für Wohnungspolitik,*

*beide für die Linksfraktion
in der Hamburgischen Bürgerschaft*



Per Mail die aktuelle Sankt PauLinX

Leider erhalten (noch) nicht alle Haushalte im
Viertel die Sankt PauLinX in ihre Briefkästen.
Um aber sicher zu gehen, dass gleich nach
Erscheinen die neue Ausgabe auch Dich
elektronisch erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten:
entweder auf unserer Website www.sankt-paulinx.de
in den Mail-verteiler eintragen oder
eine Mail an sankt-paulinx-abo-request@lists.die-linke-hh.de schicken.



Impressum:

Herausgeberin: **DIE LINKE. STADTTEILGRUPPE ST. PAULI**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen, c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg,
Wendenstr. 6, 20097 Hamburg, Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für SPX Nr 10: 31.12.2011 Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Fotonachweis: S. 1, 6 Yo Loewy / S. 2: B. Rogalla / S. 3: ena / S. 4-5, 11: M. Schneider-Johnen / S. 7: N. Dinkelacker / S. 10: Sergio Murro

Der Zaun ist weg, Schreibers Politik noch nicht - wider den Ersatz von Sozialpolitik durch Repression

Auszüge aus der Rede von Bernhard Stietz-Leipnitz, Vorsitzender der Linksfraktion Hamburg-Mitte, auf der Demo gegen den Zaun unter der Kersten-Miles-Brücke an der Helgoländer Allee, den Bezirksamtsleiter Schreiber dort unter Umgehung des Bezirksparlaments zur Vertreibung von wohnungslosen Menschen hatte errichten lassen:

Leider haben wir es beim nunmehr wieder weggeflexten Zaun (*das hatten die DemonstrantInnen am 23.9. als Aufforderung hinterlassen!*) unter der Kersten-Miles Brücke mit nur einem Beispiel für die nicht nachvollziehbare Politik des Bezirksamtsleiters Schreiber und seiner SPD in Hamburg Mitte zu tun, die konsequent auf Repression und Ordnungspolitik anstelle von Sozialpolitik setzen. Natürlich haben wir als einzige gegen die Säuberung des öffentlichen Raums unter dieser Brücke gestimmt - dies nur als Erinnerungshilfe für die SPD, die gerne behauptet, all dies sei im Konsens geschehen.



Schreibers Kampf mit Felsbrocken und Zaun gegen Wohnungslose hat mindestens 114.000 € gekostet.

Bezirksamtsleiter Schreiber hat sich in eine unselige Tradition begeben: Kersten Miles war bekanntlich der Hamburger Bürgermeister, der der Sage nach sein Wort gegenüber Störtebeker bzw. dessen Gefährten nicht gehalten hat. Und wir müssen feststellen, dass das Versprechen, die hier lagernden Obdachlosen mit Wohnraum zu versorgen und erst dann die Umgestaltung des öffentlichen Raums unter der Brücke zu vollziehen, genauso wenig ernst gemeint war. Es geht Herrn Schreiber und seiner SPD darum, den Bezirk Mitte sauber zu halten, und sauber heißt für sie, dass bestimmte Gruppen von Menschen nicht mehr

sichtbar sind. Und zwar vor allem nicht für die TouristInnen, denen ein sauberes Hamburg ohne soziale Probleme vorgegaukelt werden soll.

Üble Polemik haben wir von Seiten der SPD und des Bezirksamtsleiters in der Bezirksversammlung erlebt: Wer die Vertreibung kritisierte, der wolle, dass Menschen unter Brücken schlafen. Natürlich wollen wir nicht, dass Menschen unter Brücken schlafen **müssen**; wir wollen, dass alle Menschen mit bezahlbarem Wohnraum versorgt werden. Und solange das nicht der Fall ist, sollten Menschen auch im Trockenen unter Brücken schlafen **dürfen**.

Vertreibung und Verbote sind seit Jahren das Markenzeichen der Bezirkspolitik in Mitte. Ob es um BettlerInnen auf dem Jungfernstieg, um alternative Wohnformen (Wagenplätze) auf St. Pauli oder in Wilhelmsburg, um Straßenprostitution in St. Georg oder um unliebsame Menschen auf dem Bahnhofsvorplatz geht: Stets sind Verbote und Vertreibung von Menschen das Mittel der Wahl, nicht etwa Moderation und Lösungsversuche. Unwichtig, wohin die Menschen gehen, was aus ihnen wird - Hauptsache, unser Bezirk bleibt sauber.

Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass diese Politik nicht als Politik im Sinne der Mehrheit, als Schutz der Bevölkerung verkauft werden kann.

DIE LINKE lehnt den Runden Tisch "Obdachlose/ Kersten-Miles-Brücke" als undemokratisch ab

Um die Problematik rund um die umstrittenen Maßnahmen an der Kersten-Miles-Brücke in den Griff zu bekommen, hat der Bezirk Mitte einen Runden Tisch einberufen. Aus Sicht der LINKEN in Mitte ist solch ein Runder Tisch ein durchaus geeignetes Instrument, auf demokratischem Wege Probleme zu besprechen und nach Lösungen zu suchen, **wenn er nicht, wie in diesem Fall, aus einem handverlesenen Kreis besteht und die Menschen, um die es geht, ausschließt.** So sollen Vertreter der Ev. Kirche, der Diakonie und der drei Parteien SPD, GAL, CDU, die das Präsidium der Bezirksversammlung bilden, zum Runden Tisch geladen werden. Es wird nicht öffentlich getagt, und die Teilnehmer unterstehen der Schweigepflicht.



Die wichtigsten Menschen fehlen: Christine Detamble-Voss, sozialpolitische Sprecherin der LINKEN Bezirksfraktion in Mitte: „Die Vertreter von Wohnungs- und Obdachlosen sind in diesem Gremium nicht beteiligt. Sie haben nicht die Möglichkeit ihre Interessen selbst zu vertreten. Stattdessen werden sie wie unmündige Kinder behandelt und verleumdet.“

DIE LINKE in der Bezirksversammlung in Mitte fordert daher:

- Runde Tische können und dürfen nicht die demokratisch gewählte Bezirksversammlung außer Kraft setzen. Sie sind ausschließlich dazu da, Konflikte zwischen verschiedenen Interessen friedlich zu lösen und ersetzen keine öffentlichen Anhörungen.
 - Runde Tische müssen öffentlich sein.
 - Beschlüsse und Protokolle gehören ins Internet.
 - Gleichberechtigte Teilnahmen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.
 - Betroffene Bürgerinnen und Bürger können auf Wunsch eigene Vertreterinnen wählen.
- Bei der Wahl ist eine Quotenregelung für Frauen und Männer einzuhalten.

Die letzte Entscheidung hat immer die Bezirksversammlung oder die Bürgerschaft zu treffen, auch in der Frage, wie der Situation an der Kersten-Miles-Brücke begegnet wird, Alleingänge lehnt DIE LINKE ab.

Die verkannte Gefahr der Nazis

Wie Nazis Räume besetzen

Koblentz liegt im Landkreis Uecker-Randow im Süden Vorpommerns. Es hat kaum 200 EinwohnerInnen. Dort gaben 33 Prozent der WählerInnen ihre Zweitstimme der NPD. Keinesfalls ein Einzelfall, denn in weiteren Kommunen kamen sie auf ähnlich hohe Werte. Nirgendwo in Mecklenburg-Vorpommern geriet die NPD unter sechs Prozent! Sie sind dort vor Ort, wo ansonsten niemand mehr politisch wirkt. Keine der großen Parteien Mecklenburg-Vorpommerns ist noch im Osten des Landes aktiv. Die Menschen in dieser Region wenden sich zunehmend denen zu, die geblieben sind und ungehindert ihr faschistisches Gedankengut verbreiten können, bei der freiwilligen Feuerwehr, als Trainer der Fußballjugend, als Erzieherin, während der Konzerte von faschistischen Musikgruppen, bei Spiel- und Dorffesten oder bei Beratungen von Ratsuchenden. Die Faschisten bestimmen inzwischen in vielen Regionen die Jugendkultur und haben sich in den Köpfen viele junger Menschen festgesetzt. 14 % aller ErstwählerInnen Mecklenburg-Vorpommerns haben die NPD gewählt. NPD, Freie Kameradschaften und der sogenannte Nationale Widerstand arbeiten eng verzahnt zusammen, nicht nur im Osten Deutschlands, sondern auch in nahezu allen westlichen Bundesländern, auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Geschichtsverfälschung und Rassewahn

Die Rassenlehre der Nazis, die methodisch begangenen Massenmorde an als Untermenschen deklarierte Völkergruppen und Menschen jüdischen Glaubens sowie die grauenvollen „wissenschaftlichen“ Experimente an Behinderten und Kindern in den Konzentrationslagern stellen die historisch schwere Hypothek Deutschlands dar, die stets mahnt, so etwas nie wieder zuzulassen. Und sie bilden die Wurzeln des

Rasseglaubens der NS-Statthalter NPD und anderer faschistischer Gruppen. Sie tun alles dafür, den Holocaust zu leugnen und schüren immer wieder Hass auf Menschen, deren familiäre Wurzeln aufgrund ihrer Emigrationsgeschichte in anderen Kulturen liegen und Deutschland zumindest zeitweise als ihre neue Heimat betrachten. Im Parteiprogramm der NPD ist jedoch zu lesen, warum Menschen aus anderen Kulturen nicht Deutsche sein können: *„Deutscher ist, wer deutscher Herkunft ist und damit in die ethnisch-kulturelle Gemeinschaft des deutschen Volkes hineingeboren wurde. (...) Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie ein Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (eines BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“* Viel fehlt nicht mehr zum nächsten Schritt: die Einteilung in wertvolle und in minderwertige Menschen, die erst als Sklaven ausgebeutet und dann ermordet werden dürfen! Die NPD lässt keinen Zweifel daran, dass „Deutsche“ Opfer und „die Fremden“ Täter seien und zeichnet in ihrem Parteiprogramm, das im Juni 2010 beschlossen wurde, das ungeheuerliche Bild eines drohenden Bürgerkriegsszenarios: *„Das Leben in diesen überfremdeten Wohnvierteln, in denen oftmals rechtsfreie Räume entstanden sind und zunehmend Fremde Machtansprüche stellen, ist für viele Deutsche unerträglich. Zwangsläufig stehen sich dort Deutsche und Angehörige fremder Völker zunehmend feindseliger gegenüber. Durch diese Entwicklung wird der innere Friede nachhaltig gefährdet.“*

Rassegewalt und Geschichtsverfälschung werden immer wieder von NPD und ihren Verbündeten betrieben und beharrlich in die Öffentlichkeit gebracht. Faschisten organisieren Aufmärsche, Kundgebungen und Demonstrationen, oft über Jahre an denselben Orten, mit dem Ziel, Geschichte umzudeuten, Stärke zu zeigen und in die Schlagzeilen zu gelangen. Sie sind trotz



Antifaschistisches Plakat der Linken

einiger Misserfolge in der Lage, Aktionen dieser Art mit mehreren hundert oder tausend Teilnehmern durchzuführen. Sie klagen bis in die letzte Instanz, um ihre Veranstaltungen abhalten zu können. AntifaschistInnen stellen sich ihnen oft in großer Zahl entgegen, doch die Unterstützung aus Parlamenten und Verwaltungen lässt zu wünschen übrig. Es wird meist nicht alles getan, um Nazis keine Bühne zu bieten für rassistische Parolen oder für Geschichtsverdrehungen.

Was tun?

Trotz erheblicher finanzieller Schwierigkeiten und struktureller Probleme bildet die NPD das Zentrum faschistischer Aktivitäten. Sie bindet ein großes Spektrum von Kameradschaften und von sich selbst so bezeichnenden „Autonomen Nationalisten“ an sich. Viele relevante Führungspersonen aus der faschistischen Szene traten in die NPD ein, bekleideten Parteiämter und nehmen noch heute wichtige Schlüsselpositionen ein. Die NPD und die mit ihr vereinigte DVU sind in einigen Landtagen und vielen Kommunalparlamenten vertreten, nicht selten zum wiederholten Mal!

Sie sind in vielen Regionen weithin akzeptiert. Dabei bieten Reden, Programme, Schulungsmaterial und Artikel genügend Beweismaterial dafür, dass es sich bei der NPD um eine Partei mit einer eindeutigen faschistischen Gesinnung handelt. Sie gehört verboten und aufgelöst. Solches Herangehen wäre erfolgversprechend und könnte die Nazi-Szene auf Jahre hinaus lahmlegen.

Außerdem müssten viel mehr Ressourcen erschlossen werden, um die politische Bildung bei Kindern und Jugendlichen zu verstärken. Projektorientiertes Lernen, selbstständige Recherchen, die gemeinsame Arbeit in Gruppen und die praktische Verarbeitung des Erfahrenen und Gelernten (erfass- und erlebbar in Ausstellungen, Broschüren, Rollenspielen, Interviews, Theateraufführungen, Filmproduktionen etc.) wären wichtige Merkmale einer Jugendbildung in Schulen, in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, in Sportvereinen, in der Kulturarbeit und in Kindertageseinrichtungen, die die Erziehung von Kindern und Jugendlichen zu kritischen, demokratisch emanzipierten, zur Solidarität fähigen und zu antifaschistischen BürgerInnen zum Ziel hat.

Wir AntifaschistInnen sind aufgefordert, an der Erstellung überzeugender Konzepte zu arbeiten.

*Volker "Goli" Vödtsch,
Sprecher DIE LINKE. Altona*

Steht noch dahin

ein Nachruf von Klaus Scholz auf

Liselotte Lottermoser (20. Oktober 1927 - 21 August 2011)



Lilo: Linke aus St. Pauli und Herz der Kommunistischen Plattform Hamburg

I am a part of all that I have met - diese Worte aus Alfred Lord Tennyson's Werk *Ulysses* sind ein Schlüssel zum Selbstverständnis des Lebens und Wirkens der gelernten Krankenschwester und studierten Lehrerin Liselotte Lottermoser.

Als ich vor einigen Jahren in die Linkspartei eintrat, tat ich dies vor allem aus zwei Gründen. Den ersten benannte Erich Fried in einem Gedicht: „... weil jedes Schlechte auch sein Gutes hat, weil es Sache des Standpunktes ist und überhaupt, - wem soll man glauben?“ Es galt, Standpunkte zu beziehen und zu verteidigen in einer Zeit ohne Standpunkte. Der zweite Grund war die Kommunistische Plattform, deren Veröffentlichungen in ihrer zwingenden Aufrichtigkeit und Klarheit überzeugten. So lernte ich Lilo kennen, die in ihrem persönlichen wie politischen Auftreten diese Aufrichtigkeit und Klarheit in einer absolut kompromißlosen Weise sich selbst wie auch anderen gegenüber vertrat. Damals schon

physisch durchaus gebrechlich, zwang sie ihren verfallenden Körper immer wieder auf's Neue dazu, ihrem unbeugsamen Geist zu gehorchen.

Lilo konnte überaus charmant sein, war aber auch zu bodenloser Verachtung fähig, wenn ihr manchmal durchaus ambivalentes Dafürhalten dies gebot. Ich erlebte Lilo in den vielen Sitzungen vor allem als überzeugte Lehrerin. Ihre nicht diskutabile Überzeugung, der Wert des Wortes bemesse sich ausschließlich am Inhalt des Textes, ließ sie dennoch Sätze wie den folgenden formulieren, der sich mir tief eingeprägt hat: *Nichtwissen ist keine Dummheit - dumm ist, nichts dazulernen zu wollen!* Ich darf sagen, ich habe sehr viel von ihr gelernt. Um auf Erich Fried zurückzukommen: Für Lilo war nahezu alles eine Frage des Standpunktes, an dessen Festigung sie sich leidenschaftlich abarbeitete - und ja, ihr *konnte*, ihr *mußte* man glauben.

Die Dichterin Marie Luise Kaschnitz fand weitsichtige Worte für das, was für Lilo stets unveräußerlicher Antrieb ihres politischen Denkens und Handelns gewesen ist:

Steht noch dahin

ob wir davonkommen ohne gefoltert zu werden, ob wir eines natürlichen Todes sterben, ob wir nicht wieder hungern, Abfalleimer nach Kartoffelschalen durchsuchen, ob wir wieder getrieben werden in Rudeln, wir haben's gesehen. Ob wir nicht noch die Zellenklopfsprache lernen, den Nächsten belauern, vom Nächsten belauert werden, und bei dem Wort Freiheit weinen müssen. Ob wir uns fortstehlen rechtzeitig auf ein weißes Bett oder zugrundegehen am hundertfachen Atomblitz, ob wir es fertigbringen mit einer Hoffnung zu sterben, steht noch dahin, steht alles noch dahin.

Marie Luise Kaschnitz

Einkaufscenter statt Music Hall?

Nach über 15 Monaten Leerstand ist es offensichtlich der Finanzbehörde, der Sprinkenhof AG und dem Bezirksamt Hamburg-Mitte jüngst gelungen, eine Zwischenbeziehungsweise Dauernutzung für die Alte Rindermarkthalle (Ex-Real) vertraglich zu fixieren. Nach einem in 2012 beginnenden Umbau der Halle soll sie ab 2013 zunächst für die Laufzeit von 10 Jahren primär als Einkaufscenter dienen, mit Filialen von Edeka (5.900 qm), Aldi (900 qm), Budnikowsky (780 qm) sowie einer Markthalle im Eingangsbereich (3.500 bis 4.000 qm).



DIE LINKE begrüßt die überfällige Wiederherstellung der Nahversorgung und den zumindest vorläufigen Verzicht auf die Realisierung des Vorhabens, dass dorthin eine Konzerthalle für bis zu 4.000 Menschen soll. Gleichzeitig gibt es aus den Stadtteilinitiativen und auch aus LINKER Sicht massive Kritik an den neuen Plänen und an deren Zustandekommen:

Die gesamte Fläche wird für mindestens 10 Jahre privatisiert, insbesondere insofern, weil die Entscheidungshoheit an Edeka übertragen wird, wer auf der 1. Etage der Halle die Räume für Stadteilarbeit nutzen darf. Diese 600 qm große Fläche – angeblich für gemeinnützige Zwecke gedacht – ist nichts als eine Beruhigungspille für die engagierten Stadtteilinitiativen, denn ausschlaggebend für die Vermietung durch Edeka wird ganz gewiss allein sein, wer einen entsprechend hohen Mietpreis zahlen kann und will.

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hat in einer Pressemitteilung kund getan, dass die geplante Markthalle von den AnwohnerInnen gewünscht worden sei. Bis heute hin ist unklar, auf welche Erhebung bzw. welches Beteiligungsverfahren sich diese Aussage

stützt, dass Menschen aus St. Pauli auch hier ein Mercado wollen.

Schlichtweg unwahr ist auch die Behauptung in einer Antwort des SPD-Senats auf eine Anfrage der Linken, „Quartiersbeiräte und Stadtteilvertreter“ seien in die Erstellung des Zwischennutzungskonzepts einbezogen worden. Dass dies unwahr ist, hat der Sanierungsbeirat Wohlwillstraße in einem einstimmigen Beschluss klar gestellt. Fakt ist: Weder Senat noch Bezirksverwaltung, beide SPD-gesteuert, wollen eine Einbindung der BewohnerInnen der umliegenden Viertel in die Planung und Gestaltung.

Trotzdem setzt die Stadtteilinitiative ihre alternative Planung für die dauerhafte Nutzung der Halle und des gesamten Areals fort. Nur DIE LINKE hat in der Bürgerschaft und in der Bezirksversammlung die offizielle Anerkennung dieses Planungsprozesses von unten gefordert. Näheres zu den parallel laufenden Planungen der AnwohnerInnen unter <http://wunschproduktion.rindermarkthalle.de> oder direkt an den Planungswürfeln vor dem Ex-Real.

Markus Schneider-Johnen

10 Jahre Nato-Krieg in Afghanistan

**Im Bundestag sagt nur DIE LINKE:
Nein zum Krieg – Nein zur NATO!
Bundeswehr raus aus Afghanistan!**

Zu diesem katastrophalen Jubiläum ein Text auf die Melodie
„Am Sonntag will mein Süßer mit mir segeln gehen“:

Am Sonntag soll mein Süßer los zum Hindukusch,
so sprach Karl-Theodor, am wilden Kundus- Fluss.
Mein Liebster baut in Kabul auch ein Krankenhaus,
das fällt nicht weiter auf - während des Kriegsverlaufs.
Und dann beim Abendrot liegen Afghanen tot,
am wilden Kundus-Fluss - aus Deutschland kam der
Todesgruß.

Am Sonntag jagt mein Süßer auch die Taliban,
das tört die Schäubles an, im Anti-Terror-Wahn.
Frau Merkel meint für Menschenrechte knallst schon mal,
das sei Verteidigungsfall, rund um den Erdenball.
Das Heer im Überschall fliegt jetzt bald überall,
rund um das Weltenall und plötzlich gibt's nen Riesenknall.

Am Sonntag kommt mein Süßer aus Afghanistan,
Ist da noch alles dran wie vor Afghanistan ?
Der Feldpastor betroffen spricht im Wüstensand
und dass man Kopf und Hand noch gut erhalten fand
Und dann der Trauerakt, wo der Minister sagt:
für Volk und Vaterland, fürs Menschenrecht und pipapo.

Am Sonntag, glaube ich, da hab ich was kapiert,
dass die am Hindukusch nicht nur für Struck und Busch
das Menschenrecht und Freiheit nicht verteidigen,
sondern heerdigen für deutsche Großmannssucht.
Und deshalb ruf ich aus: Holt die Soldaten raus,
aus dieser finst'ren Schlacht, die immer neues Unrecht schafft.

(Text: Siggie Hubele)